Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internatio[illegible]chsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund[illegible] Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Junge[illegible]

7. Jahrgang — Dresden, Freitag den 17. April 1931 — Nummer 66

Du hast noch keinen Neuen-Abonnenten geworben? Dann ist es aber höchste Zeit dazu!

Nächsten Mittwoch

Vollversammlung der Betriebsräte Dresdens

Tagesordnung: Kampf dem Millionenraub

Dresden, 17. April.

Unter allen Schichten der werktätigen Bevölkerung Dresdens, in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Büros, in den Läden der kleinen Geschäftsleute und in den Wirtschaften — überall wird das geplante Attentat auf die Volksmassen Dresdens erregt diskutiert. Die Empörung über die geplante Erhöhung der Negersteuer (Bürgersteuer) um 350 Prozent, die Kürzung des Fürsorgegeldes um 6½ Millionen und auch über die Verdopplung der Biersteuer ist allgemein. Die RGO hat im Sinne dieses Massenwillens beschlossen, als erstes zu Mittwoch nächster Woche eine Vollversammlung aller Dresdner Betriebsräte ohne Unterschied der Organisation oder Partei einzuberufen, in der zum Millionenraub Stellung genommen werden soll. Weitere Maßnahmen zur Mobilmachung der Arbeiterschaft werden folgen.

Die Einberufung der Betriebsratsvollversammlung für Dresden durch die RGO wird sicher **von allen Betriebsarbeitern und Angestellten** begrüßt werden. Bedeutet doch die Steigerung der Bürgersteuer um 350 Prozent, daß z. B. der verheiratete Betriebsarbeiter oder Angestellte, der bisher 6 Mark für sich und 3 Mark für seine Frau, zusammen 9 Mark, zahlen mußte, auf Grund des Dresdner Etats 1931 das 1½fache also 13,50 Mark bezahlen muß. **Das ist einer der höchsten Wochenlöhne in Dresden.** Da die Bürgersteuer bekanntlich gleich von den Unternehmern vom Lohn abgezogen wird, bedeutet das einen weiteren Lohnabzug. Deshalb geht es **besonders** die Betriebsräte an.

Aber auch die Kürzung des Fürsorgegeldes um 6½ Millionen d. h. der Abbau der Unterstützung um 20 Prozent **geht nicht nur die Fürsorgeempfänger, sondern auch die beschäftigten Arbeiter** an erstens aus Solidarität, zweitens weil in kurzem **auch sie** Fürsorgeempfänger werden können, drittens, weil der **gemeinsame** Kampf für alle **den Erfolg** bringen wird.

Daß die RGO die Betriebsräte einberuft, ergibt sich von selbst daraus, daß nur die RGO und die KPD gegen den Millionenraub kämpfen, während die SPD-Verbandsbürokratie und die SPD für den Millionenraub sind; ja, **gerade SPD-Führer** war es der diesen beantragte und die **SPD hat im Gesamtrat für den Etat samt +350 Prozent Negersteuer und 6½ Millionen Fürsorgegeld-Abbau gestimmt.**

Das Dresdner SPD-Blatt, das merkt den Antrag SPD-Führers **verschwieg,** das dann vorgestern die Zustimmung der SPD im Gesamtrat zum Millionenraub **verschwieg,** setzt diese **dummdreiste Methode des Vertuschens und Verschweigens** auch in der gestrigen Nummer fort. Das SPD-Blatt ist auf Grund der Massenempörung gezwungen, zuzugestehen:

> **„Allein schon die starke Herabsetzung der Bedarfssätze im Fürsorgewesen fordert zum schärfsten Widerstand heraus. Die Dresdner Bedarfssätze sind keineswegs zu hoch und übersteigen die Sätze anderer Großstädte nicht. Es kann im Gegenteil gesagt werden, daß die Sätze für die alleinstehenden Fürsorgeunterstützungsempfänger in Dresden unter denen anderer Mittel- und Großstädte liegen. Das ist bisher schon immer als eine besondere Härte für die Betreffenden empfunden worden, und wenn man jetzt zu einem allgemeinen Abbau der Fürsorgesätze um rund 20 Prozent schreitet, dann werden die alleinstehenden Personen doppelt hart betroffen. Aber abgesehen von dieser Tatsache, bedeutet eine Kürzung der Bedarfssätze um rund ein Fünftel eine Herabdrückung des Lebensunterhalts der Fürsorgebetreuten, daß schon dadurch allein die Zustimmung der Stadtverordneten versagt werden muß.**
>
> **Die Erhöhung der Bürgersteuer um rund 350 Prozent ist selbstverständlich ebenso untragbar."**

Jawohl, die „Erhöhung der Bürgersteuer ist selbstverständlich untragbar"! Jawohl! die „Herabsetzung der Bedarfssätze im Fürsorgewesen fordert zum schärfsten Widerstand heraus"! Umso furchtbarer ist das Verbrechen der SPD, deren Führer, deren SPD-Fraktion im Gesamtrat für diesen „selbstverständlich untragbaren", zum „Widerstand herausfordernden" Millionenraub gestimmt haben! Das SPD-Blatt entlarvt seine Heuchelei aber selber, indem es weiter schreibt:

> „Es ist bekannt daß die Gemeinden gegenwärtig stark unter der Finanzkrise leiden, und kein **vernünftiger Mensch wird sich gegen Sanierungsmaßnahmen sträuben,** selbst wenn Opfer gefordert werden. Die Anforderungen **müssen aber tragbar(?) sein."**

Das SPD-Blatt läßt also doch die Katze aus dem Sack, spricht sich für „Sanierungsmaßnahmen", die „tragbar" sind, aus, das heißt die Negersteuer soll statt um 350 Prozent, sagen wir um 300 Prozent erhöht werden. Von einer Belastung der Besitzenden ist in der Dresdner Volkszeitung mit keinem Wort die Rede!

Die Dresdner Bevölkerung ist mit der KPD und der RGO der Meinung: Keinen Pfennig Belastung auf die Volksmassen. Stärkste Belastung der Reichen und der 30 Millionäre Dresdens!

Wie das SPD-Blatt, so das Nazi-Blatt Freiheitskampf. Das Blatt schreibt:

> **„Von einem Abbau der hohen Gehälter unserer Stadträte haben wir leider nichts gehört. Ebenso hat auch Herr Kätz noch nichts darüber verlauten lassen, daß er auf einen Teil der Bezüge aus der Günzschen Stiftung verzichtet hätte!"**

Diese verlogene Gesellschaft verschweigt, daß ihre Vertreter unter Führung Kluges und Richters im Dresdner Stadtverordnetenkollegium alle Anträge der kommunistischen Fraktion niedergestimmt haben. Sie verschweigen, daß durch ihre Schuld die kommunistischen Anträge, in denen die Herabsetzung der Gehälter auf den Höchstsatz von 500 Mark monatlich gefordert wurde, zu Falle kamen. Folgender Antrag kam durch sie zweimal, und zwar am 15. 9. 30 und 16. 2. 31 zu Fall:

> **Alle Gehälter und Pensionen beziehungsweise Ruhegehälter werden auf die Höchstgrenze von 500 Mark monatlich herabgesetzt.**

Das sagt alles über die Haltung der Nazimordpartei.

Alle Betriebsräte Dresdens kommen Mittwoch, 22. April, 20 Uhr, ins Regierheim zur Vollversammlung! Alle Betriebe **fassen sofort Beschlüsse gegen Millionenraub und in Verbindung damit, gegen Unternehmeroffensive, gegen Entlassungen, gegen die Diktatur Brüning-Schieck-Severing, und für den einheitlichen Aufmarsch am 1. Mai mit der KPD und RGO!**

Bauarbeiter mit der RGO

Streik bis zur vollen Abwehr des Lohnraubes / Gegen Diktatur-Verordnung / Am 1. Mai mit der KPD!

Dresden, 17. April.

Gestern fand eine Mitgliederversammlung des DMV Dresden-Pieschen statt, die zu dem Streik der Bauarbeiter Stellung nahm. Obgleich die Arbeiter von der Zahlstelle einen Stundenlohn von [illegible] Pfennigen angefordert hatten, erschien keiner der Reformisten. Die Bauarbeiter beschlossen einstimmig, daß das Führerkorps des Verbandes, Genosse Jäkel, das Referat übernimmt. Eine Entschließung wurde gegen eine Stimme angenommen. In der Entschließung wird protestiert gegen die Notverordnung und den Führern der SPD sowie der „freien" Gewerkschaft das Recht abgesprochen, sich Arbeiterführer zu nennen; am 1. Mai zu schließen mit der KPD und RGO zu demonstrieren. Am Schluß dieser Versammlung der Bauarbeiter meldeten sich 8 neue Mitglieder in die RGO an.

Vom Zimmererverband war gestern früh eine Versammlung einberufen, in der Klinke zur Kampflage sprach. K. heuchelte über den Abbruch der Verhandlungen.

Die Solidarität der übrigen Arbeitermassen mit den Bauarbeitern setzt ein. Die Sammlungen der IAH und RGO in vielen Orten versprechen prächtige Ergebnisse, so daß schon vielerorts, wie bereits aus Dresden gemeldet, Lebensmittel zur Verteilung gelangten. Morgen und Sonntag: Alles heraus zu den Großsammeltagen!

Unsere Antwort an Brüning, Schieck und Severing:

Maikomitee Bahnhof Tolkewitz gewählt

Entschließung gegen Lohnraub und Diktatur / Am 1. Mai in Einheitsfront mit der KPD

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 855)

Entschließung: Die Mittwoch den 15. April versammelten Werkstatt- und Hofarbeiter des Bahnhofes Tolkewitz erheben schärfsten Protest gegen die Brüning-Notverordnung. Wir erkennen klar, daß die Notverordnung sich nur gegen das klassenbewußte, revolutionäre Proletariat richtet. Wir erklären, daß wir unsere ganze Kraft einsetzen werden zum Kampfe gegen Lohnraub, soziale und kulturelle Reaktion und die Regierungen Brüning-Schieck-Severing. Wir fordern alle Straßenbahner auf, am Kampftag des Proletariats,

am 1. Mai gemeinsam mit der RGO am Aufmarsch der einzigen Partei, die ehrlich den Kampf fürs Proletariat führt, der KPD teilzunehmen!

Es wurde ein Einheits-Maikomitee von 10 Kollegen gewählt.

Dieser Beschluß der Arbeiter vom Bahnhof Tolkewitz ist eine **ausgezeichnete Antwort an Brüning-Schieck-Severing.** Er ist ein Beispiel für **alle Betriebe, Stempelstellen und Büros** in Dresden. Der Resolution von Tolkewitz muß **sofort** eine Flut von Beschlüssen aller anderen Betriebe folgen. **Keinen Tag länger gewartet, nicht gezögert!** Die Situation erfordert sofortige Entschließungen, **vor allem der Betriebe gegen Unternehmer-Offensive, Terror und Brüning-Schieck-Severing,** gegen die Erhöhung der Negersteuer um 350 Prozent und den Abbau des Fürsorgegeldes um 6½ Millionen in Dresden, für den **einheitlichen Aufmarsch am 1. Mai mit der KPD** und die Bildung von Maikomitees.

Anschlag gegen KPD in Thüringen!

Ungeheurer Diktatur-Erlaß der Regierung im Einverständnis mit SPD-Führern

Die Thüringer Regierung hat am 15. April folgenden Erlaß zur Diktaturverordnung der Brüning-Severing veröffentlicht:

> **„Da die Kommunistische Partei Deutschlands, wie auf Grund zahlreicher Urteile höchster Gerichte hervorgeht, den Umsturz des bestehenden Staates auch mit außergewöhnlichen Mitteln zu fördern bestrebt ist, sollen Veranstaltungen der KPD und der ihr angehörenden Organisationen besonders scharf daraufhin geprüft werden, ob sie nach der Verordnung zu verbieten sind. Wird ein Verbot nicht ausgesprochen, so sollen sie besonders sorgfältig überwacht werden.**
>
> **Da erfahrungsgemäß bei kommunistischen Veranstaltungen besonders dann Ausschreitungen vorkommen, wenn sie unter freiem Himmel abgehalten werden, sollen große Veranstaltungen der KPD und der ihr nahestehenden Organisationen unter freiem Himmel grundsätzlich verboten werden.**
>
> **Kleine Veranstaltungen und solche in geschlossenen Räumen dürfen zugelassen werden, wenn nach den Umständen des Einzelfalles anzunehmen ist, daß eine Notwendigkeit zu einem Verbot auf Grund der Verordnung gegeben ist. Lediglich bei Veranstaltungen der KPD und des Reichsbanners gegen den Faschismus zur Werbung für das vom Ministerium zugelassene Volksbegehren auf Auflösung des Landtags soll von Einschränkungen nicht Gebrauch gemacht werden, wenn sich die Veranstalter in den Grenzen des gesetzlich Tragbaren halten.**
>
> **Veranstaltungen sämtlicher übrigen Parteiorganisationen und Vereinigungen sollen grundsätzlich nicht verhindert werden."**

Dieser ungeheuerliche Erlaß zeigt allen Arbeitern, besonders den oppositionellen sozialdemokratischen Arbeitern, daß die faschistische Diktaturverordnung der [illegible] schließlich gegen die KPD und gegen die [illegible] gerichtet ist.

Dieser ungeheuerliche Erlaß der Thüringer [illegible] im Einverständnis mit den SPD-[illegible] bereits zum Ausdruck bringen, daß [illegible] Thüringer Landtag für die [illegible] Stimmen. Ja, alle Anzeichen sprechen dafür, daß [illegible] direkt auf Betreiben der SPD-Führer [illegible] dem Sturz des nationalsozialistischen [illegible]